

## Kommentar: Internationale Klimapolitik: Warten auf Durban

Vom 29. November bis zum 10. Dezember 2010 fand im mexikanischen Cancún die jüngste Klimakonferenz statt. Genau wie die Konferenz in Kopenhagen ein Jahr zuvor sollte diese Konferenz in letzter Konsequenz dazu dienen, ein Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll zu beschließen und damit eine internationale Vereinbarung zur Reduktion des globalen Ausstoßes von Treibhausgasen. Im Gegensatz zur Konferenz in Kopenhagen fiel das öffentliche Interesse nun allerdings deutlich geringer aus. Das mag an den großen Erwartungen an die letzte Konferenz gelegen haben, die anschließend nicht erfüllt wurden und politisch auch gar nicht erfüllt werden konnten – zu unterschiedlich waren die Auffassungen, politischen Ausgangslagen und auch die Absichten der Teilnehmer.\* Schmerzlich auch die Erfahrung Europas, dass sein politisches Gewicht international trotz aller Bemühungen doch sehr gering ist. Und da sich die teilnehmenden Staaten in Dänemark nur darauf einigen konnten, das so genannte „Zwei-Grad-Ziel“ zur Kenntnis zu nehmen (ohne konkrete Zielvorgaben), wagte kaum jemand große Erwartungen an die Konferenz in Cancún zu stellen.

Vielleicht lag es aber auch an der „Climategate“-Affäre, obgleich sie inhaltlich gesehen eigentlich belanglos war. Die Anschuldigungen, Wissenschaftler hätten Daten manipuliert, konnten bislang nicht bestätigt werden. Über die rechtliche Verfolgung der „Raubkopierer“ war nach der Affäre auffällig wenig zu hören. Der Imageschaden für die Klimaforschung war und ist allerdings beträchtlich. Die später im Jahr aufgedeckten Fehlprognosen über das Abschmelzen der Himalaja-Gletscher im vierten Sachstandsbericht des Weltklimarates IPCC taten ein Übriges. Infolge dieser Vorfälle schien die Stimmung in der Öffentlichkeit zu kippen. Auf den wissenschaftlichen Fortschritt, die tatsächlichen Auswirkungen menschlichen Handelns auf das Klima zu untersuchen, hatte die öffentliche Diskussion in dieser Form jedenfalls keinen förderlichen Effekt.

Nun also die Klimakonferenz in Cancún. Die Ausgangslage gestaltete sich – wie gerade erläutert – problematisch. Nach dem Fahrplan soll spätestens im Dezember 2011 im südafrikanischen Durban eine neue, verbindliche Vereinbarung als Nachfolgeabkommen für das Ende 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll beschlossen werden. In Cancún verlagerte sich nun jedoch die Diskussion von großen, gemeinschaftlichen Zielen – wie Einsparzielen für Treibhausgase – hin zu kleineren Zwischenzielen – wie dem Erhalt der Regenwälder und der damit verbundenen Frage, ob die Wälder in ein Emissionshandelssystem einbezogen werden sollen. Und so bestand das Ergebnis der Konferenz auch dieses Mal hauptsächlich im nicht rechtsverbindlichen Bekenntnis zu dem abstrakten Ziel, dass die Erde sich um nicht mehr als zwei Grad erwärmen dürfe und dass hierzu „große Einschnitte“ im Ausstoß von Treibhausgasen nötig seien.

Ob bis zum Auslaufen des Kyoto-Protokolls Ende 2012 überhaupt noch ein rechtlich verbindliches internationales Nachfolgeabkommen beschlossen wird, ist nach wie vor keineswegs sicher. Und selbst wenn das Kyoto-Protokoll nach Durban inhaltsgleich fortgeführt werden sollte, hätte China weiterhin keine bindenden Ziele zur Senkung seines Treibhausgas-Ausstoßes zu erfüllen. Das Gleiche wäre der Fall für die USA, die das Kyoto-Protokoll nie ratifiziert haben. Ein international verbindliches Abkommen ohne die beiden weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen kann jedoch nicht effektiv sein. Aktuell scheint der Trend eher in Richtung unilateraler Absichtserklärungen zu gehen. Über den tatsächlichen Wert dieser Willenserklärungen kann heute jedoch nur spekuliert werden. Die zentralen Fragen waren, sind und bleiben: Wer muss wie viel einsparen? Und: Wer muss wie viel bezahlen? Die Zukunft der internationalen Klimapolitik steht und fällt deshalb mit der Konferenz in Durban.

Langfristig gesehen führt die Knappheit fossiler Energieträger und die Erwartung steigender Energiepreise wohl auch ohne bindendes internationales Abkommen zu einem sinkenden Anteil fossiler Brennstoffe an der Energieversorgung. Was bleibt, ist das *Risiko*, durch weiterhin steigende Treibhausgas-Emissionen irreversible Veränderungen des Weltklimas auszulösen, deren Folgen heute nicht abzuschätzen sind.

Wilfried Ehrenfeld  
([Wilfried.Ehrenfeld@iwh-halle.de](mailto:Wilfried.Ehrenfeld@iwh-halle.de))

---

\* Siehe hierzu Ehrenfeld, W.: Kopenhagen und die Folgen – die Zukunft internationaler Klimapolitik, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 16 (1), 2010, 3, sowie Ehrenfeld, W.: Nach Kyoto: Internationale Klimapolitik vor ökonomischen Herausforderungen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 15 (12), 2009, 506-515.